WP-04-195-3 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Petra Lippegaus (KV Paderborn)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 195 bis 197:

Den Wandel der Arbeitswelt solidarisch gestalten

~~Wir setzen uns für faire Löhne und gute Arbeit ein~~

Wir sichern gute Arbeit auch in Zukunft, indem wir den Wandel der Arbeitswelt gestalten – gemeinsam mit starken Gewerkschaften und verantwortungsbewussten Arbeitgeberverbänden.
Dabei geht es nicht nur um die Einführung von neuer Technologie, KI und digitalen Kompetenzen. Wir entwickeln langfristige Ziele und Visionen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Technologie dient darin den Menschen und hilft die globalen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Leitplanke der Entwicklung In NRW wie im Bund und in Europa ist eine wertegeleitete Demokratie, die soziale Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt stellt. Solidarität meint Beschäftigte ebenso wie Carearbeiter*innen und Arbeitslose.
Jetzt ist die Zeit die Weichen zu stellen: wir dürfen den Wandel nicht (autokratischen) Tech-Giganten und an hierarchischen Führungskulturen verhafteten Unternehmen überlassen, wir dürfen die Automatisierung nicht allein an wirtschaftlichen Zielen ausrichten. In einem gemeinsamen Aufbruch von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft wollen wir den Arbeitsmarkt neu sortieren. Zur Zeit erleben wir große Verunsicherung, die Gleichzeitigkeit von Fachkräftemangel und Entlassungswellen. Der KI-Hype betont die Chancen für Wirtschaft und neue Arbeitsmöglichkeiten, die Kehrseite erleben derzeit vor allem junge Menschen, denen selbst mit Studium - der Einstieg in den Arbeitsmarkt verwehrt bleibt. Wir schauen auf Chancen wie auf Risiken und Ängste.
Gute Arbeit und gut bezahlte Arbeit für alle – an diesem Ziel arbeiten wir weiterhin. Dabei sollen Erneuerungschancen genutzt werden statt veraltete Strukturen zu verlängern. Wir fördern Innovationskulturen, die Potenziale menschenzentrierter KI-Technologien auch in kleineren und mittelern Unternehmen nutzen, digitale Kompetenzen stärken und Arbeitsqualität verbessern. Übergangsstrukturen werden durch Regionale Transformationsagenturen unter der Leitung der Arbeitsagenturen, Transfer- bzw. Beschäftigungsgesellschaften gefördert. Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-Job-Übergänge unterstützen den Wechsel von einem Arbeitgeber zum anderen.
Wir arbeiten mit an neuen Modellen der gestärkten Mitbestimmung, insbesondere bei der Einführung von KI. Diese ermutigen die Beschäftigten, sich einzulassen und am neuen Arbeitsformen und Schutzmechanismen mitzuwirken. Wir fördern neue Arbeitskulturen, die zu notwendiger Weiterbildung und flexiblen Wegen in der Berufsbiografie motivieren und Sicherheit im Wandel, Halt und Identität in Zeiten des Umbruchs geben. Neue Formen der Mitbestimmung, der Einbeziehung von Gewerkschaften und Betriebsräten fordern wir auch für die Plattformökonomie, in der Soloselbständige oder Angestellte von großen internationalen Plattformanbietern abhängig sind.
In der „Arbeitsgesellschaft“ müssen wir die Bedeutung und die Verteilung von Arbeit ebenso neu überdenken wie die Wertschöpfung und die gerechte Verteilung der Produktivitätsgewinne. Wo Maschinen die Arbeit von Menschen übernehmen, dürfen Steuern und Sozialversicherungen sich nicht vorwiegend an Löhnen orientieren. Grüne diskutieren seit langem die Einführung von alternativen Steuermodellen wie eine Wertschöpfungs-, Maschinen- oder Robotersteuer, um Land und Staat die Handlungsfähigkeit zu erhalten.
Rund ein Drittel der Belegschaften geht bis 2040 in Rente, die Fachkräftelücke z. B. im Handwerk und in der Pflege wird sich voraussichtlich verstärken. Hier wollen wir die Ausbildung von jungen Menschen

verbessern und flexibilisieren: die Ausbildung für alle durch verbesserte Zugänge und Unterstützung gewährleisten und Übergangsmaßnahmen einschränken. Die Chancen für Fachkräfte aus dem Ausland sollen verbessert, die Anerkennung ihrer Abschlüsse erleichtert werden.
Gleichzeitig wächst die Angst, dass in vielen Branchen Arbeitsplätze abgebaut bzw. automatisiert werden. Wir haben es in der Hand, ob weniger Arbeit zu Massenarbeitslosigkeit und sozialen Verwerfungen führt oder neue Freiheiten entstehen. Neue Definitionen von Arbeit, die Carearbeit, Ehrenamt und Eigenarbeit z. B. für die eigene Weiterbildung einbeziehen, sehen wir als Chancen.
Modelle der Grundsicherung – u.a. aus Steuern wie Maschinen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern finanziert - bilden ein soziales Netz, geben Freiheit und Sicherheit und ermöglichen Kreativität und Gründermotivation. Armut und Bedürftigkeit werden so präventiv verhindert, viele Sozialleistungen werden unnötig, genauso die mit ihnen verbundene Bürokratie.
Eine gute soziale Absicherung aller stärkt Zuversicht, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie. Sie trägt zu einer gerechteren Verteilung von Fortschritt, Wohlstand, Chancen und Lasten bei. Chancengerechtigkeit geht dabei weit über Bildung und Beruf hinaus, sie meint einen Ausgleich zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, Männern, Frauen u.a., Alteingesessenen und Menschen mit Migrationsgeschichte.

Begründung

Angesichts der massiven Veränderungen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft durch KI brauchen wir Vorschläge, die über die bekannten Forderungen deutlich hinausreichen. Der Antrag greift die Analyse eines Expertengesprächs der Böll-Stiftung auf: Arbeitsgesellschaft im Wandel: Lust auf Veränderung, Optimismus und Sicherheit ~ böll.podcast Podcast, außerdem Zukunftsszenarien, die die Folgen des technischen Wandels am Arbeitsmarkt mit notwendigen Veränderungen der Staatfinanzierung und der sozialen Sicherung verknüpfen.

Grüne waren seit Jahrzehnten Vorreiter*innen in der Diskussion des bedingungslosen Grundeinkommens – das sogar der Digitalminister heute ins Gespräch bringt. (Künstliche Intelligenz: Wildberger warnt vor großen Jobverlusten). Seit 2020 steht diese Leitidee in unserem Grundsatzprogramm der Partei: „Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei orientieren wir uns an der Leitidee eines Bedingungslosen Grundeinkommens."

Unterstützer*innen

Johannes Menze (KV Paderborn); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Angelika Surkamer (KV Paderborn); Irene Ofteringer (KV Köln); Petra Solscheid (KV Paderborn); Sabine Sedlaczek (KV Köln); Johanna Westermeyer-Böse (KV Paderborn); Güven Erkurt (KV Paderborn); Jörg Schlüter (KV Paderborn); Markus Rieger (KV Paderborn); Sigrid Beer (KV Paderborn); Annette Kuhlmann (KV Paderborn); Inga Gill (KV Paderborn); Sylvain Victor (KV Paderborn); Paula Kerstin (KV Paderborn); Susanne Schüssler (KV Paderborn); Armin Pfennings (KV Paderborn); Laura Fortmeier (KV Paderborn); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.